



Wiener Beobachter

DENN NUR WAHRHEIT MACHT FREI

Finanzkrise - aus Amerika kommt eben doch nichts Gutes!

Kurs	Vortag	Tages- Hoch	Tief	12 Mon- t
300,59	308,74	298,63	1005,01	144,30
5,80	5,90			
13,00	13,00			
			43,05	23,90
			39,05	18,00
			30,69	11,60
			20,54	26,60
			29,10	17,20

Trotz milliardenschwerer Hilfspakete kommt der internationale Finanzmarkt nicht zur Ruhe. Enorme Verlustabschreibungen bei Banken und Gewinneinbrüche bei Versicherern, Außen- sowie Einzelhandel sind die Folge. Reihenweise wird Kurzarbeit verordnet. Dadurch sinkt natürlich die Gewerbesteuer bei den Kommunen und die Rezession wird immer spürbarer. Die Inflation wird - so deutsche Finanzexperten - ab 2010 pro Jahr voraussichtlich um 5 bis

10 % steigen.

Die Globalisierer glaubten, daß die Inflation schon besiegt sei. Welch ein Irrtum! Spätestens als im Vorjahr Unternehmer und Autofahrer höhere Preise schlucken mußten, hat das „Goldene Kalb“ Globalisierung einen empfindlichen Dämpfer hinnehmen müssen.

Als die von Amerika ausgehende Finanz- und Wirtschaftskrise nach Europa überschwappte, glaubten unsere Politiker noch, daß dieser Kelch an uns möglichst schonend vorbeigehen würde. Da war wohl der Glaube ein unrealistischer Wunsch der Gedanken. Auch Österreich mußte nun ein Hilfspaket nach dem anderen schnüren. Heimische Banken fanden Unterschlupf unter einem 100-Milliarden-Euro-Schirm. Jene Banken, welche zum Großteil aus Profitgier ihre angestammten Geschäftsfelder verließen und auf Teufel komm raus in die neu aufgenommenen (Ostblock)-Staaten expandierten, bekommen nun die volle Härte der Finanzkrise zu spüren. Sie bleiben vermutlich auf sogenannten „faulen Krediten“ sitzen. Und der österreichische Steuerzahler ist wieder einmal, wie schon so oft der „Depp“. Für eine, für alle Steuerzahler, spürbare Steuerreform will die SPÖVP-Koalition nur 2 Milliarden Euro ausgeben.

Da freut sich der gelernte Österreicher und wird bei der nächsten Wahl seine Antwort mittels Stimmzettel hoffentlich nicht allzu freundlich kundtun.

M.H.

Das heißt bei uns Diskussion

Im gewerkschaftsfinanzierten und mit einem roten Stern versehenen, ständig am Rande der Pleite existierendem Volkstheater (gegründet als Deutsches Volkstheater), fand eine Diskussion über „rechte Ideologie“ statt. Es „diskutierten“ Michael Fleischhacker, Chefredakteur der links-liberalen PRESSE, der frühere ÖVP-Landeshauptmann Franz Schausberger, die ehemalige Chefin des Liberalen Forums Heide Schmidt und der Chefredakteur des extrem linken FALTER.

Fehlte eigentlich nur noch Karl Öllinger von den Grünen, um eine richtig objektive Diskussion zu garantieren.

VP: „Kontrolle über das Kanalnetz verloren“

Die MA 30, die in umstrittene Cross-Border-Leasing-Geschäfte verwickelt ist, wird umgestaltet.



Mit 1. April 2009 wird Wiens Kanalnetz (MA 30) in eine Unternehmung der Stadt umgewandelt. Diese Änderung, die am Freitag mit SP-Mehrheit beschlossen wurde, sorgt nun für Ärger. „Das Kanalnetz ist Teil der umstrittenen Cross-Border-Leasing-Geschäfte“, so VP-Klubchef Mathias Tschirf zur „Presse“. „Durch die Finanzkrise gibt es dort massive Probleme, mehrere Verträge mußten bereits aufgelöst werden, und wie reagiert die SPÖ? Sie entzieht die MA 30 durch diese rechtliche Änderung jeder Kontrolle.“ Künftig würde der Gemeinderat nur ein kleines Blatt mit Zahlen erhalten, aber keinen Einblick in die riskanten Geschäfte, kritisiert Tschirf: „Wir haben so die Kontrolle über die Geschäfte mit dem Kanalnetz verloren.“ Verluste könnten nun elegant verschleiert werden. Das Umweltressort erklärt dazu knapp: „Die MA 30 unterliegt weiterhin der Kontrolle von Gemeinderat und Kontrollamt.“

Zitat

Wien bleibt Wien - und das ist wohl das schlimmste, was man über diese Stadt sagen kann.

Alfred Polgar

Schriftsteller und Kritiker (1873 - 1955)

Alles für die „Integration“?

Das Füllhorn der roten Rathausmehrheit scheint ein Faß ohne Boden zu sein. In letzter Zeit häufen sich die Subventionsanträge von Gutmenschen-Vereinen, welche sich um die Belange von „Minderheiten“ im Ausland (!) kümmern. Da Wien ja bekanntlich lt. Aussage des Bgm. Häupls eine von der Welt bewunderte Stadt ist, werden diese Anträge - allerdings ohne die Zustimmung der Wiener FPÖ - auch immer wohlwollend und in fürstlicher Höhe genehmigt. Die roten Rathausbonzen geben das Steuergeld der Wiener Steuerzahler leichtfertig mit beiden Händen aus und sonnen sich im Antlitz ihrer Wohltaten.

Damit der Leser weiß, welche Vereine und in welcher Höhe sie subventioniert werden, einige Beispiele:

Deutsch- und Alphabetisierungskurs für neu „zugewanderte“ MigrantInnen	Euro 850.000,--
Aktivitäten im Rahmen der Integrations- und Diversitätsangelegenheiten	170.000,--
Verein Diakonie - Flüchtlingsdienst gemeinnützige GmbH. INTO Wien	11.901,--
Verein „LEFÖ - Beratung, Bildung und Begleitung für MigrantInnen“	232.777,--
Verein „Peregrina - Bildungs-, Beratungs- und Therapiezentrum für MigrantInnen“	302.484,--
ADRA Österreich für das Projekt „Verbesserung der Wohnsituation für Romafamilien in Kjustendil, Bulgarien“	20.000,--
„EfEU - Verein zur Erarbeitung feministischer Erziehungs- und Unterrichtsmodelle	92.322,--
Aktivitäten im Rahmen der Frauenförderung, insbesondere für die Förderung von	
Veranstaltungen, Workshops, Vorträgen und Ausstellungen	125.000,--
LEEZA - Liga für emanzipatorische Entwicklungszusammenarbeit für das Projekt	
„Frauenförderungsprojekt in Diyarbakir, Osttürkei“	20.000,--
„Pyramidops - Verein für Jugend- und Gemeinwesenarbeit im Nordbahnviertel“	147.226,--
Verein „HOPE `87 - Hundreds of Original Projects for Employment“ für das Projekt	
„Digitale Medienschulung für Chancengleichheit“	19.985,--

Geheimnis mit ins Grab



Man kannte ihn als den Grandseigneur, als manchmal heftig grantelnden Wiener Bürgermeister und natürlich auch als Gatten des Operettenstars Dagmar Koller - ein Status, der ihm zu Dauerpräsenz in der Regenbogenpresse verhalf. Als Helmut Zilk 81-jährig letzten Oktober verstarb, nahm er ein Geheimnis mit ins Grab: nämlich die Antwort darauf, wie sehr er in der Zeit des Kalten Krieges - als Programmleiter des ORF - mit dem tschechoslowakischen Geheimdienst StB verbandelt war. Gerüchte darüber waren 1998 aufgetaucht, leider blieb Zilk bei seinen Entgegnungen immer vage. Jetzt hat Tschechiens Tageszeitung „Mladá fronta Dnes“ die Akte einsehen können. Demnach habe Zilks Zusammenarbeit mit dem StB 1965 begonnen, sein Deckname sei Holec gewesen. Bis zum Prager Frühling 1968 soll er sich knapp 60-mal mit Geheimdienstlern getroffen und für „politische Informationen aus Österreich“ 55.000 Schilling

und 13.000 Kronen kassiert haben. Der Fernsehmann reiste oft nach Prag, wo ihn an der Hotelrezeption Geldumschläge erwartet hätten; auch Lüster aus böhmischem Glas habe man für ihn beschafft, so „Mladá fronta Dnes“. Bis auf eine habe er alle Quittungen mit erfundenem Namen unterschrieben - was nach Ansicht des tschechischen Historikers Prokop Tomek verdächtig ist. Falls Zilk die Annahme der Gelder für einwandfrei gehalten hätte, hätte er sie nicht verheimlichen müssen. 1968 habe die Liaison geendet, als der tschechische Spion Ladislav Bittmann in den Westen geflohen sei - der habe den Amerikanern auch seinen Kontakt zu dem Österreicher offenbart. Daß Zilks Karriere trotzdem weiterging, verblüfft die Experten. Ihre Erklärung: Der Sozialdemokrat habe unter dem Schutz der CIA gestanden, womöglich schon während seiner Pendeleien nach Prag - und somit eher die Tschechen getäuscht. Dazu passen würde, wie Ex-Präsident Vaclav Havel sich nach Zilks Tod verhielt: Er entschuldigte sich, daß er dem Wiener zu Lebzeiten eine hohe Staatsauszeichnung vorenthielt.

„Vielleicht haben wir ihm auch manchmal aus Unkenntnis Unrecht getan“ - er habe jetzt mehr Informationen als früher, sprach, etwas sibyllinisch, der Dichterpräsident.

(Quelle: Spiegel Nr. 12/09)

So korrupt sind Österreichs

Beamte:

2006 wurden dem österreichischen Büro für Innere Angelegenheiten (BIA) insgesamt 358 Verdachtsfälle auf Missbrauch (d.h. Delikte nach §§ 302 bis 313 StGB) angezeigt. Von diesen 358 Verdachtsfällen betrafen 288 Missbrauch der Amtsgewalt, 41 Verstöße gegen die Amtsverschwiegenheit und 14 die Annahme von Geschenken. Die verbleibenden Fälle teilten sich auf in fahrlässige Verletzung der persönlichen Freiheit der Person oder des Hausrechts (§ 303 StGB) 4 Fälle, 5 Bestechungen (§ 307 StGB), Einmal eine falsche Beurkundung und Beglaubigung im Amt (§ 311 StGB), aber viermal Quälen oder Vernachlässigen eines Gefangenen (§ 312 StGB) und Amtsanmaßung (§ 314 StGB).

Wiener Geld für neues Wiesenthal Institut

In der Josefstadt wird es ab 2012 ein Wiesenthal Institut für Holocaust-Studien geben. Für den Aufbau des Instituts stellt die Stadt Wien - aufgeteilt auf die nächsten vier Jahre - insgesamt 1,3 Mio. Euro Fördergelder zur Verfügung. Der Beschluß für die Subvention wurde im Kulturausschuß der Stadt Wien gefällt und muß noch vom Gemeinderat abgesegnet werden.

Über das Wiesenthal Institut wurden jahrelang Diskussionen geführt. Im März 2008 gab es dann überraschend einen Ministerratsbeschluß: Der Bund stellt das Palais Strozzi in der Josefstädter Straße, das zuletzt als Finanzamt genutzt wurde, zur Verfügung. Um die Adaptierung des Gebäudes und den künftigen Betrieb zu finanzieren, tragen Stadt, Bund und der „Verein Wiener Wiesenthal Institut für Holocaust“ je ein Drittel zu den Kosten bei.

Kulturstadtrat Andreas Mailler-Pokorny betont, daß gerade Wien der richtige Standort für so ein Forschungsinstitut sei.

Wahl in Wien 2010

Häupl stellt seine Rathausmannschaft für die Kommunalwahl 2010 neu auf. Das erste Bauernopfer seiner Rathausmannschaft ist Vizebürgermeisterin Grete Laska. Da Laska allem Anschein nach für die Kostenexplosion beim Neubau des Prater-Vorplatzes verantwortlich ist, hat die seit 15 Jahren der Wiener Stadtregierung angehörige Stadträtin für Jugend, Bildung, Information und Sport anscheinend das Handtuch geworfen. Als Nachfolger für diesen Stadtratposten ist der treue Häupl-Vertreter und bisherige SPÖ-Klubchef im Rathaus Christian Oxonitsch im Gespräch.

Als politisch unbedarftem Bürger stellt sich mir die Frage: Wie kann ein Stadtrat für Jugend, Bildung, Information und Sport für die Kostenexplosion beim Neubau des Prater-Vorplatzes verantwortlich sein? Ist Grete Laska vielleicht in ihrer Funktion als Vizebürgermeisterin dafür verantwortlich?

Warum übernimmt in dieser Sache nicht der Herr Bürgermeister selbst die Verantwortung und tritt zurück?

M.H.

!! Veranstaltungen !!

Lichtbild - Vortrag

**„Auf den Spuren der 1. u. 4. Gebirgsdivision“
Kameradenfahrt in den Kaukasus**

> Donnerstag, 16. April 2009, 19.45 Uhr <

Videoabend

**„Eine deutsche Anwältin -
Sylvia Stolz“**

> Donnerstag, 23. April 2009, 19.45 Uhr <

Videoabend

**Der lange Marsch zur Macht -
Mao Zedong**

> Donnerstag, 07. Mai 2009, 19.45 Uhr <

**Die nächsten Veranstaltungen finden am
14.05. und 28.05.2009 statt.**

**Der Wiener Beobachter, unsere regionale Zeitschrift
Kommentare zum Zeitgeschehen, unsere überregionale
Zeitschrift**

Sie finden Vertreter der AFP jeden Donnerstag ab 19.30 Uhr im

Dr.-Fritz-Stüber-Heim, 1160 Koppstr. 72
(Eingang Kreitnergasse, Kellerlokal)
Bus 48A (Panikengasse); Straßenbahn 9 (Koppstraße)
- Geschlossene Veranstaltungen! -
Dieser **Wiener Beobachter** gilt als Einladung

Wir danken für jede Spende!

Magistrat: 18,36 Euro Prämie fürs Schießen eines Bocks

Auf den ersten Blick wirken die 1.800 Nebengebühren für Wiener Beamte schräg. Die ÖVP glaubt aber, daß sie ein SP-Machtinstrument sind.

Wenn ein Magistratsbeamter einen kapitalen Bock schießt, muß das nicht das Karriereende bedeuten - ist er Mitarbeiter der MA 49 und es war Rot- oder Damwild, so erhält er 18,36 Euro Schußgeld dafür. Bei Gams- oder Muffelwild waren es 12,95 Euro. Und liefert er das tote Tier auch noch ab, stehen ihm bis zu 9,97 Euro Lieferprämie zu.

So weit drei der teilweise extrem skurrilen Bestimmungen aus dem gewaltigen „Nebengebührenkatalog“ der Stadt Wien. VP-Gemeinderat Wolfgang Ulm hat ihn gewogen: „Das Buch ist 5 cm dick und 2 kg schwer. Es beinhaltet mehr als 1.800 Nebengebühren.“

Das Problem für den Gemeinderat ist nicht so sehr das antiquierte, kaum durchschaubare Besoldungssystem, das er freilich möglichst rasch modernisieren will.

Das „wirklich Bedenkliche“ für die 70.000 Magistratsbediensteten sieht Ulm darin, daß es eine „völlig undurchschaubare Bürokratie gibt, nach der da die Gage errechnet wird“.

Weil es keinen Rechtsanspruch auf Nebengebühren gebe, diese aber bis zur Hälfte des Gehalts ausmachen, entstünden „gewaltige Abhängigkeiten für Beamte, die sich nicht mit Chefs und Personalvertretern arrangieren“, so Ulm.

Im Gänsehäufel etwa fallen zwischen April und September monatlich 1.056,91 Euro an, im benachbarten Strandbad Alte Donau sind es nur 798,05 Euro. Bei 258,96 Euro Gage-Unterschied für den gleichen Job sei wohl klar, wo kritische Geister landen - falls sie nicht gleich in der Verwaltung und ohne Zulagen Dienst schieben, erklärt Ulm. Der VP-Gemeinderat wundert sich nicht, daß da zwei von drei Magistratsbediensteten in die Frühpension flüchten.“ Wiener Beamte gehen im Durchschnitt mit 57 Jahren in die Rente. *(Quelle: ÖSTERREICH, 17.03.2009)*

Das Wohl unserer Kinder

Wer Gender-Mainstreaming ernst nimmt, darf die Lächerlichkeit nicht scheuen. Und die EU scheut sie nicht. Das hat sie in ihrem Merkblatt für eine „Geschlechtsneutrale Sprache im Europäischen Parlament“ eindrucksvoll bewiesen. Geschlechtsbezeichnungen wie Frau, Fräulein, Señora oder Madame sind ebenso verpönt wie der Staatsmann oder der Feuerwehrmann.

Weniger zum Lachen ist es schon, wenn das Europäische Parlament am 3. September letzten Jahres mit großer Mehrheit beschlossen hat, das kochende, backende, waschende Mütter nicht mehr zu Reklamezwecken gezeigt werden dürfen. Begründet wurde das Werbeverbot damit, daß die beanstandeten Bilder „diskriminierende und entwürdigende Botschaften auf der Grundlage von Geschlechtsklischees“ vermitteln.

Gar nicht mehr lustig aber liest sich eine kürzlich veröffentlichte EU-Studie, in der Österreichs Sozialsystem deutlich kritisiert wird. Der lange Elternurlaub nämlich und großzügige Sozialleistungen seien eine „indirekte Hürde“ für die Betreuung von Kindern in frühen vorschulischen Einrichtungen. Daß unsere kleinsten Kinder vorrangig in der Familie betreut werden, wird also als Fehler gesehen und entspricht nicht den Zielvorgaben der EU. Das müssen wir zurückweisen: Wenn es um das Wohl unserer Kinder geht, dürfen wir uns schon gar nicht bevormunden lassen!

NÖ-LR Barbara Rosenkranz

Zur Erinnerung

Jörg Haider in einer Neujahrsrede zum Verbotsgesetz:

„Daher glaube ich also, daß wir einer Gefahr in Zukunft steuern müssen: Durch Zusammenhalt und durch Verteidigung der eigenen Meinung, jede Form der persönlichen Vernichtungsfeldzüge zu unterbinden, denn das schwächt uns. Denkt nur daran, wie es unserem Hans-Jörg Schimanek gegangen ist. Wäre er nicht in die Politik für die Freiheitlichen gegangen, sein Sohn würde niemals mit einer Haftstrafe (15 Jahre Kerker. Anm. d. Red.) abgeurteilt worden sein. Niemals! Nur weil er ein Freiheitlicher war – meine lieben Freunde -, hat man dieses Schicksal seiner ganzen Familie aufgebürdet. Und ich wünsche mir sehr, daß irgendwann einmal in Österreich auch die politischen Verantwortungsträger den Mut haben werden, zu sagen: Kinderschänder gehören weggesperrt, aber nicht Menschen, die eine abweichende Meinung äußern, denn wenn die Demokratie so schwach ist, daß sie keine eigene Meinung mehr verträgt, eine abweichende, dann ist die Demokratie nichts wert“.

Wiener Beobachter, Folge 229 - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.

Medieninhaber, Hersteller: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;

e-Post: kontakt@wiener-beobachter.at, Internetz: www.wiener-beobachter.at, www.afp-aktiv.info;

Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und

Freiheitsrechte aller Völker ein. - P.b.b. * Vertragsnummer: GZ 02Z031542M * Erscheinungsort: Wien * Verlagspostamt: 1170 Wien